Kommentare

Achterbahn für Investoren

Von Janis Vougioukas

Die Herrschaft der Bürokraten ist gebrochen. Zum ersten Mal seit dem Beginn der chinesischen Wirtschaftsreformen entscheiden die Finanzmärkte über die Entwicklung der Wirtschaft – ihr Einfluss ist heute größer als die Macht der Wirtschaftsplaner in Peking. Auch in den Städten hat sich das Leben verändert. Büroangestellte, Taxifahrer und Studenten hören den ganzen Tag Börsennachrichten im Radio oder verfolgen die Aktienkurse im Internet. Aktien sind in China das wichtigste Gesprächsthema geworden, und viele Menschen verdienen den größten Teil ihres Einkommens inzwischen an den Börsen.

Auch Rückschläge wie am Freitag werden daran wenig ändern. An diesem Tag schloss der Schanghaier Aktienindex bei 5315 Zählern – der größte Wochenverlust seit zehn Jahren. Der Trend wird sich noch fortsetzen. Denn zu viel Geld ist zu schnell in den Markt geflossen.

Regeln made in China

Chinas Börsen sind immer nur ihren eigenen Regeln gefolgt. Bis zum Jahr 2001 waren die Kurse geklettert – unbeeindruckt vom weltweiten Zusammenbruch der New Economy. Als die erste Runde der großen chinesischen Aktienemissionen vorbei war, fielen die Kurse. In den folgenden fünf Jahren halbierte sich die Börsenkapitalisierung – obwohl Chinas Volkswirtschaft zweistellige Wachstumszahlen erreichte und viele Unternehmen bessere Zahlen präsentieren konnten als je zuvor. Noch Anfang 2005 kam eine Studie des *China Securities Journal* zu dem Ergebnis, dass mehr als drei Viertel der chinesischen Anleger Geld verlieren. Im internationalen Vergleich rangierte die Börse der Boomstadt Schanghai gleich neben Teheran.

Seit anderthalb Jahren und ohne erkennbaren Auslöser steigen die chinesischen Aktienkurse nun schneller als irgendwo sonst auf der Welt. Der Schanghaier Composite Index verdreifachte sich. Der Börsengang der Industrial and Commercial Bank of China im Herbst vergangenen Jahres wurde zur größten Aktienemission in der Geschichte der weltweiten Finanzmärkte.

Innerhalb weniger Monate sind Chinas Finanzmärkte erwachsen geworden – und haben ein Volumen erreicht, das dem Niveau der drittgrößten Volkswirtschaft der Erde entspricht. Der Gesamtwert der in Schanghai und Shenzhen gehandelten Unternehmen beträgt inzwischen weit über 3,1 Billionen Dollar. Das entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung des Landes – ein Vergleichswert, der auch an den amerikanischen Börsen gilt. Chinas Aktienmärkte hatten im laufenden Jahr das größte Handelsvolumen weltweit, und die Börsennotierungen in Schanghai und Shenzhen haben mehr Geld eingespielt als in jedem anderen Land. Die Rechnung berücksichtigt noch nicht einmal die Börse von Hongkong, die inzwischen eng mit dem chinesischen Festland verwachsen ist.

Der Aufschwung an den chinesischen Börsen hat die Volkswirtschaft und das gesamte weltweite Wirtschaftsgefüge verändert. Seit Anfang der Woche stammt das wertvollste Unternehmen der Welt aus China: Der Energiekonzern Petrochina wurde nach seinem Börsengang in Schanghai zwischenzeitlich mit über einer Billion Dollar bewertet – rund doppelt so viel wie die Nummer zwei, der US-Ölkonzern Exxon Mobil. Am Dienstag, einen Tag später, folgte der nächste Rekord: Die Aktien des Internetkonzerns Alibaba verbesserten sich nach der Erstausgabe in Hongkong um 193 Prozent. Alibaba feierte die größte Aktienemission seit dem Börsengang von Google vor drei Jahren und gehört nun zu den fünf höchstbewerteten Internetunternehmen der Welt. Über 20 Milliarden Dollar haben chinesische Firmen in diesem Jahr bereits mit Börsengängen in der ehemaligen britischen Kolonie verdient.

Der Westen verfolgt den sagenhaften Anstieg der chinesischen Börsen mit Argwohn. Denn viele erinnern sich an die achtziger Jahre, die Boomzeit in Japan, als viele glaubten, an der Börse von Tokio entstehe das neue Zentrum der Weltwirtschaft. Dann platzte die Blase und die japanische Wirtschaft litt viele Jahre an den Folgen des Spekulationsbooms.

Viele haben übersehen, dass Chinas Kapitalmärkte in den vergangenen Jahren gründlich renoviert wurden. Die nicht-handelbaren Anteilsscheine der Staatsunternehmen sind inzwischen weitgehend abgeschafft worden. Chinas Regierung hat die Börsenaufsicht gestärkt und nicht in den Markt eingegriffen – auch wenn die Versuchung oft groß war. Chinas Anleger haben wieder Vertrauen in ihre Börsen gewonnen. Es scheint heute nur noch eine Frage der Zeit, bis die ersten ausländischen Firmen in Schanghai an die Börse gehen.

Doch Chinas Börsen folgen noch immer ihren eigenen Regeln – und die lassen sich nicht mit westlichen Bewertungsformeln erklären. In Frankfurt, London und New York wird das Marktgeschehen vor allem von den großen institutionellen Investoren bestimmt. In China zeichnen 50 Millionen Privatanleger drei Viertel aller Transaktionen.

Auf Kosten der Armen

In den kommenden Monaten sind Korrekturen unvermeidlich. Für viele Anleger wird das schmerzlich werden. Denn seit Anfang des Jahres spekulieren auch die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten mit Begeisterung – nicht selten investieren Rentner ihre Lebensersparnisse. Die ärmsten Anleger werden am meisten leiden. Das mag für den Einzelnen tragisch sein. Doch die Märkte sind inzwischen so gereift, dass sie die nächste Talsohle schneller durchschreiten werden. Und es gibt noch immer viel Potential nach oben. Die Chinesen investieren nicht einmal ein Viertel ihrer Ersparnisse in den Aktienmarkt. In den USA liegt der Anteil doppelt so hoch.

Weniger Auto fahren

Von Silvia Liebrich

Es ist immer das gleiche Spiel: Steigen die Preise für Benzin und Diesel auf neue Rekordhöhen, geht ein Aufschrei des Entsetzens durch die Republik. Die Boulevardpresse wird nicht müde, die vermeintliche Abzockermentalität der Ölkonzerne anzuprangern. In der Industrie ist von Krisengipfeln und Preisregulierungen die Rede. Die Forderung nach einer Absenkung der Mineralölsteuer von Seiten der Automobilclubs und Transportunternehmen lässt nicht lange auf sich warten. Dieses Ansinnen wird dann von der Bundesregierung mit schöner Regelmäßigkeit zurückgewiesen.

Das ist kein Wunder, schließlich fährt der Finanzminister mit den Einnahmen aus Mineralöl- und Umweltsteuer ganz gut. Er ist derjenige, der am meisten profitiert. Bei einem Benzinpreis von 1,40 Euro je Liter fließen knapp 90 Cent direkt in die Staatskasse, netto und ohne Abzüge. Das ist viel Geld, hochgerechnet auf Millionen von Tankfüllungen jedes Jahr. Der Rohertrag der Tankstellenbetreiber nach Abzug der Einkaufskosten nimmt sich dagegen mit etwa fünf Cent je Liter verschwindend gering aus. Darin noch nicht enthalten sind etwa Transportkosten oder Abschreibungen.

Im deutschen Tankstellengeschäft tobt ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb, bei dem sich die Konkurrenten gegenseitig belauern. Etwa 15 000 Stationen gibt es bundesweit, und das sind schätzungsweise 3000 zu viel. Dies ist auch der Grund warum jedes Jahr unter dem Strich 300 bis 400 Tankstellen ganz aufgegeben werden. Wer in einem solchen Umfeld Sprit und Diesel zu überhöhten Preisen an den Mann oder die Frau bringen will, überlebt nicht lange.

Gut verdient wird im Ölgeschäft an anderer Stelle, etwa im Raffineriebereich, wo die Kapazitäten knapp sind und die Nachfrage weiter steigt. Dass die USA seit einigen Jahren einen großen Teil ihrer Benzinvorräte in Europa ordern, bekommen auch die deutschen Autofahrer zu spüren. Und es sieht derzeit nicht danach aus, als würden sich die Amerikaner einschränken wollen. Auch der Rohstoff Öl selbst wird knapper und teurer.

Es ist also vor allem die steigende Nachfrage, die die Preise für alle Ölprodukte weiter nach oben treibt. Dem wird auch mit Krisengipfeln und Preisstopps nicht beizukommen sein. Auch eine Senkung der Mineralölsteuer wäre das falsche Signal – dies würde die Nachfrage weiter ankurbeln. Die Konsequenz ist so banal wie unbequem: Wer will, dass die Preise wieder sinken, muss bereit sein, weniger autozufahren. (Seite 28)

Kurse des Tages

Metro

Schlusskurs am 9.11.07: 61,53 Euro

Der größte deutsche Handelskonzern **Metro** könnte die Verbrauchermarkt-Kette Extra Finanzkreisen zufolge noch in diesem Jahr verkaufen. Metro sei in weit fortgeschrittenen Gesprächen mit Interessenten für die mehr als 250 Märkte, erfuhr die Nachrichtenagentur Reuters. Die Metro-Aktie beflügelte die Aussicht auf einen bevorstehenden Verkauf und lag in der Spitze bei 63,95 Euro.

Qimonda

Kurs am 9.11.07 um 18 Uhr: 8,92 Dollar

Der Chiphersteller **Qimonda** hat für sein viertes Geschäftsquartal schlechte Zahlen vorgelegt. Die Infineon-Tochter wurde von Juli bis September erneut vom Preisverfall bei Speicherchips gebeutelt. Die Jahresbilanz wies sinkende Umsatzzahlen und einen hohen Verlust aus. Die vor allem in New York gehandelte Aktie stieg um 2,3 Prozent auf 8,91 Dollar, während sie in Frankfurt verlor. (Seite 31)

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bezeichnete beim „Führungstreffen Wirtschaft" der Süddeutschen Zeitung den dauernden Ruf nach Steuersenkungen als verfehltes Engagement der Wirtschaft. Foto: Robert Haas

SZ-Veranstaltung in Berlin

Steinbrück greift Manager an

Bundesfinanzminister fordert von Wirtschaftsführern mehr gesellschaftspolitische Verantwortung

Berlin – Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat der deutschen Wirtschaft vorgeworfen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht zu werden. Steinbrück sagte zum Auftakt des „Führungstreffens Wirtschaft" der *Süddeutschen Zeitung* in Berlin, es reiche nicht aus, immer nur Forderungen an die Politik zu richten.

Von Claus Hulverscheidt

Der Minister nutzte die Anwesenheit von 150 Top-Managern aus Großkonzernen und Familienbetrieben zu einer Grundsatzkritik am Verhalten vieler Unternehmen und ihrer Verbände. „Bislang läuft die Diskussion meist nach dem Motto: Wenn die Wirtschaft schlecht läuft, ist die Politik schuld, läuft Sie gut, ist das Ihr Verdienst, also das der Manager", sagte Steinbrück. „Damit muss ein für allemal Schluss sein." Nur dann lasse sich in Deutschland ein Mentalitätswechsel in Gang setzen, der auch von der Wirtschaft immer wieder verlangt werde.

Scharfe Kritik übte der SPD-Politiker vor allem an „Maximalisten" wie dem ehemaligen Industriepräsidenten Hans-Olaf Henkel, die immer schärfere Reformen forderten und die Verlustängste vieler Menschen dabei ignorierten. Wer verlange, dass der Reformzug immer schneller fahre, sich aber nicht darum kümmere, „wenn am hinteren Ende zwei, drei Waggons aus den Schienen springen", sei mit Schuld daran, wenn sich die Bürger vom Staat abwendeten und Protestparteien wählten. „Sie stellen sich dann ja nicht mit mir auf die Apfelsinenkiste auf dem Marktplatz und verteidigen die Beschlüsse", sagte Steinbrück an die Manager gerichtet. Auch die Medien trügen Verantwortung. Ihnen gehe es jedoch bei politischen Debatten häufig weniger um die Inhalte als um die Frage nach Sieger und Verlierer. „Irgendwann landen wir Politiker nur noch auf den Sportseiten der Zeitungen", kritisierte der Minister.

Als Beispiel für ein aus seiner Sicht verfehltes Engagement der Wirtschaft nannte er den dauernden Ruf nach Steuersenkungen. Auch die Unternehmen bräuchten einen vernünftig ausgestatteten, funktionieren Staat, weil dies im internationalen Wettbewerb ein Standortvorteil sei. Stattdessen aber beschäftigten sich vor allem in den großen Konzernen ganze Abteilungen damit, nach Inkrafttreten jedes neuen Gesetzes sofort nach Möglichkeiten zu suchen, wie man sich auf legalem Wege der Steuerpflicht entziehen könne. „Wenn Sie sich nicht Tage und Wochen damit beschäftigen würden, nach Umgehungsmöglichkeiten zu suchen, könnte ich die Steuern senken", sagte Steinbrück, der trotz aller Kritik viel Applaus für seine Rede erhielt.

Er verwies zudem auf die Krise am US-Markt für schlecht besicherte Hypothekendarlehen, die auch Kleinanleger hierzulande zu spüren bekommen hätten, sowie auf die zunehmende Praxis auch deutscher Banken, Immobilienkredite einfach zu verkaufen. „Wenn Sie den Menschen solche komplexen Finanzmarktmechanismen nicht erklären, werden Sie noch stärkere Abwehrreflexe bei ihnen hervorrufen", sagte der Minister. Wenn die Unternehmen zudem nicht endlich offener agierten, könne schon bald die nächste Krise ins Haus stehen.

Steinbrück forderte die Manager auf, im In- wie im Ausland ein realistischeres Bild der Lage in Deutschland zu zeichnen. „Der Standort war nie so schlecht, wie er in der Vergangenheit häufig dargestellt wurde. Und heute ist er nicht so gut, wie er sein müsste, um alle Herausforderungen der Zukunft zu meistern", sagte er. Um die anstehenden Probleme lösen zu können, brauche die Bundesrepublik „mehr britischen *common sense*, mehr skandinavischen Pragmatismus und gelegentlich auch ein wenig mehr mediterrane Leichtigkeit". In Deutschland sei das Glas immer halb leer statt halb voll. Zudem müssten sich die Deutschen, auch die Vermögenden, von den Vorstellungen der siebziger, achtziger und neunziger Jahres verabschieden, „dass sich gesellschaftlicher Konsens durch Alimentation organisieren lässt". Angesichts eines staatlichen Schuldenbergs von 1,6 Billionen Euro funktioniere dieses Muster nicht mehr.

Als wichtigste gemeinsame Zukunftsaufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bezeichnete Steinbrück die Verbesserung des Bildungsniveaus. „Der Wohlstand dieser Republik ist zu 40 Prozent von Ex- und Importen abhängig. Das ist in keinem anderen Industrieland so. Deutschland darf den Globalisierungsprozess also nicht nur erdulden, sondern muss ihn gestalten", sagte er. Da ein Wettbewerb über die Lohnkosten nicht möglich sei, gehe das aber nur, wenn die hiesigen Unternehmen besser seien als andere. Deshalb müsse schon im Kindergarten mit Bildung und Ausbildung begonnen werden. Dabei könne auch die Wirtschaft helfen. „Ich erwarte von Ihnen mehr gesellschaftliche Mitverantwortung. Alleine wird es die Politik nicht richten können", sagte Steinbrück.

FÜHRUNGSTREFFEN

Um Strategien im globalen Wettbewerb, innovative Geschäftsmodelle und gute Unternehmensführung geht es bei dem zweitägigen „Führungstreffen Wirtschaft", das die *Süddeutsche Zeitung* noch bis zu diesem Samstag im Berliner Hotel Adlon veranstaltet. Rund 150 Vorstandsvorsitzende und Spitzenmanager deutscher Unternehmen sowie Politiker treffen sich zu dem Gedankenaustausch, um „von den Besten zu lernen". Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hielt am Freitag die Eröffnungsrede. *SZ*

Merck kauft sich von Vioxx frei

Pharmakonzern zahlt 4,85 Milliarden Dollar in einen Fonds für Schmerzmittel-Geschädigte

Von Kristina Läsker

München – Einer der größten Arzneimittel-Skandale der vergangenen Jahre hat eine entscheidende Wende genommen: Nach jahrelangen Verhandlungen vor Gericht hat der amerikanische Pharmakonzern Merck eingelenkt, zehntausende Patienten zu entschädigen, die an Folgeschäden nach Einnahme des Schmerzmittels Vioxx leiden. Der Arzneimittelhersteller aus dem Bundesstaat New Jersey einigte sich mit den Anwälten der meisten Kläger auf einen Vergleich. Merck will 4,85 Milliarden Dollar, umgerechnet 3,3 Milliarden Euro, in einen Fonds zahlen, aus dem Patienten entschädigt werden. Die jeweiligen Ansprüche müssten allerdings individuell geltend gemacht und bewertet werden, so Merck. „Dies ist eine gute und verantwortungsvolle Einigung", sagte Konzernchef Richard Clark.

Merck hatte Vioxx im September 2004 vom Markt zurückziehen müssen. Zuvor hatten Arzneimittelstudien ergeben, dass Vioxx das Herzinfarkt- und Schlaganfall-Risiko erhöhen kann, wenn es viele Monate lang eingenommen wird. Der Konzern, er gehört mit einem Jahresumsatz von 22,6 Milliarden Dollar zu den zehn Großen der Branche, hatte in dem Jahr vor der Rücknahme mit dem Arthritismittel 2,5 Milliarden Dollar umgesetzt. Allein in den USA waren zuletzt 26 600 Klagen von 47 000 Menschen sowie 265 Sammelklagen anhängig. Mit dem geschlossenen Vergleich seien etwa 95 Prozent aller anhängigen Klagen abgedeckt, teilte Merck mit.

Noch bis vor kurzem hatte der US-Konzern darauf beharrt, jeden Fall einzeln vor Gericht zu verhandeln. Der Sinneswandel ist auch dem Druck der Gerichte zuzuschreiben. „Wir sind von den Richtern aufgefordert worden, mit der Klägerseite zu sprechen, und das haben wir gemacht", sagte ein Sprecher der Rechtsberater des Konzerns. Bei der Einigung handele es sich aber weder um eine Sammelklage, noch um ein Eingeständnis von Schuld, betonte Merck.

Mehr als 47 000 Vioxx-Patienten haben gegen Merck geklagt. Foto: AP

Seit Rücknahme von Vioxx im Jahr 2004 hat der Konzern zwölf Gerichtsverfahren in der Sache gewonnen. In fünf Vioxx-Verfahren wurde zugunsten der Kläger entschieden. Allein für die Prozesskosten hatte Merck laut früherer Aussagen Rückstellungen über 858 Millionen Dollar gebildet.

Doppelt so viel wie Bayer

Von der jetzt ausgehandelten Fonds-Summe entfallen laut Merck vier Milliarden Dollar auf Herzinfarkt-Fälle und 850 Millionen Dollar auf Klagen von Schlaganfall-Geschädigten. Die Einigung ist eine der teuersten in der Pharmaindustrie überhaupt. Merck zahlt für die Entschädigung von Patienten mehr als doppelt so viel wie der Bayer-Konzern. Der Arzneimittelhersteller hatte im August 2001 den Blutfettsenker Lipobay vom Markt genommen, weil vermehrt Todesfälle nach Nierenversagen und Muskelschäden auftraten. Seither hat Bayer in knapp 3200 Fällen gezahlt, die Summe der Entschädigungen beläuft sich auf 2,126 Milliarden Dollar. Wie bei Merck handelt es sich um Vergleiche ohne Anerkennung einer Rechtspflicht. Gegen Bayer sind noch 1870 Klagen anhängig.

Die Einigung in den Vereinigten Staaten erfolgte unabhängig von den Klagen in Deutschland. Hierzulande werden nach Konzernaussage noch mehr als 100 Klagen verhandelt, 32 Klagen wurden abgewiesen, sechs sind in Berufung.

Die Merck-Aktie lag nach der Bekanntgabe an der Börse in New York knapp vier Prozent im Plus, obwohl der Konzern die 4,85 Milliarden Dollar noch im vierten Quartal als Belastung vor Steuern verbuchen will. Analysten hatten erwartet, dass eine Einigung Merck bis zu 50 Milliarden Dollar kosten könnte.

INHALT

PERSONALIEN
Der Goldgräber
BHP-Chef Marius Kloppers führt den größten Minenkonzern der Welt. Seite 26

POLITIK UND MARKT
Benzin teuer wie nie
Regierung lehnt Krisengipfel zu hohen Spritpreisen ab. Seite 28

UNTERNEHMEN
Neckermann goes USA
Finanzinvestor Sun Capital übernimmt Mehrheit am Versandhändler. Seite 30

BÖRSE UND FINANZEN
Mangelhafte Klassenbeste
Best-in-class-Fonds setzen auf Firmen, die sauberer sind als andere. Seite 33

REPORT
Las Vegas im Wohnzimmer
Online-Casinos setzen Milliarden um und tricksen den Fiskus aus. Seite 38

Kursteil Seite 34 und 36
Fondsseiten Seite 36 und 37

Lidl steigt bei Basic aus

Engagement beim Bio-Discounter nach Protesten beendet

München – Nach Protesten von Kunden und Lieferanten beendet der Lidl-Mutterkonzern Schwarz-Gruppe sein umstrittenes Engagement bei der Bio-Discount-Kette Basic. Wie Basic am Freitag mitteilte, seien beide Seiten übereingekommen, dass sich die Schwarz-Gruppe aus dem Aktionärskreis von Basic zurückzieht. „Die psychologische Wirkung des Einstiegs in das Kapital unserer Gesellschaft wurde unterschätzt", hieß es in einer Unternehmensmitteilung. Bereits zu Wochenbeginn hatte sich Basic vom bisherigen Unternehmens-Finanzvorstand Johann Priemeier getrennt. „Dieser Schritt war aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Entwicklung des Unternehmens notwendig geworden", erklärte Basic. Mit dem Ausstieg des Lidl-Konzerns legt der Bio-Discounter auch seine ehrgeizigen Wachstumsziele auf Eis: Statt 25 bis 50 Filialen plant das Unternehmen nun nur noch fünf bis zehn Neueröffnungen pro Jahr. Das Unternehmen hoffe nun, dass mit diesem Schritt die Beziehung mit Kunden und Lieferanten „in die ursprüngliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mündet", hieß es weiter. Man sei stolz auf die kritische Zielgruppe des Unternehmens: „Unsere Kundinnen und Kunden und viele unserer Lieferanten haben uns den Weg aufgezeigt." Basic ist die zweitgrößte deutsche Bio-Kette nach Alnatura und hat im vergangenen Jahr 73 Millionen Euro umgesetzt. *AP*

ANZEIGE

„Best Buy"

Mit diesen Worten bestätigt Weinkritiker **„Robert Parker"** ein unglaubliches Preis-Leistungs-Verhältnis für den **2005er Altos de la Hoya Monastrell Ungrafted Old Vinyards** und gibt diesem Wein **90 Punkte**.
Purpur in der Farbe, mit einer fast schon exotischen Nase nach Blaubeeren und Brombeeren, schmeichelt er dem Gaumen mit weichen Tanninen und ist überraschend elegant. Gekeltert aus alten wurzelechten Monastrellreben und mit 10% Granacha verfeinert, reift dieser Wein für 6 Monate in Barriques. Die Handlese der Trauben und auch die Höhe der Weinberge (825m) sind mitverantwortlich für dieses unglaubliche und authentische Geschmackserlebnis. Der Eigentümer und Oenologe Paca Selva der Bodegas Olivares hatte uns schon mit dem 2004er Panarroz begeistert. Hier also nun ein weiteres **Highlight aus Jumilla**.
Genießen Sie diesen Wein sofort, oder lagern Sie Ihn problemlos für die nächsten 2–3 Jahre.
Bührmann Weine liefert den Lesern der SZ dieses Genießer-Paket mit 12 Flaschen Altos de la Hoya zum Preis von **79,90 €** frei Haus inkl. MwSt., und sämtlicher Fracht- und Zusatzkosten **(statt 95,78 €)**.
Gültig solange der Vorrat reicht.

Bührmann Weine
SEIT 1927
Bührmann Weine GmbH
Franz-Haniel-Str. 79 · D-47443 Moers
☎ 02841 883 0 338 · Fax 02841 88 30 333
www.buehrmann.de

IG Metall hält an 35-Stunden-Woche fest

Leipzig – Der neue IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber hat das Festhalten seiner Gewerkschaft an der 35-Stunden-Woche bekräftigt. Die IG Metall halte daran fest, die „35" als tarifliche Regelarbeitszeit zu Referenzgröße zu vereinbaren. Für Ältere oder Beschäftigte mit besonderen Belastungen würden kürzere Arbeitszeiten angestrebt, heißt es in einer Entschließung des Gewerkschaftstages in Leipzig. In einem Initiativantrag weist die IG Metall Versuche zurück, das Streikrecht unter Verweis auf die Belange der Volkswirtschaft und Kundeninteressen einzuschränken. Dies sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Die IG Metall hat sich auch für den Erhalt von Flächentarifverträgen ausgesprochen. Sie seien effizient und allen anderen System der Lohnfindung überlegen. Die Delegierten forderten auf dem Kongress, die Verbindlichkeit der Gegenleistungen bei abweichenden Regelungen bei Anwendung des Pforzheimer Abkommens zu verbessern. Das Abkommen lässt Abweichungen von der tariflichen Arbeitszeit oder vom Lohn zu. Insgesamt habe sich das Pforzheimer Abkommen aber bewährt. Es trage dazu bei, den Wildwuchs einzudämmen. *shs.*

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de
uschaefer
SZ20071110S982533